

rainer.bartel@ooe.gv.at

www.econ.jku.at/Bartel/

"momentum 09 – Freiheit", 22. – 25. Oktober 2009, Hallstatt

Netzwerk #1: FREIHEIT, RECHT, GESETZ

Track #2: Recht und Geschlecht

www.momentum09.org

Sexuelle Orientierung und Gerechtigkeit in Zeiten von Konservatismus und Neoliberalismus: Probleme und Strategien

(Abstract)

Grundrechtlich werden Bestimmungen betreffend das Geschlecht auch im Hinblick auf sexuelle Orientierung geltend gemacht, so dieser Tatbestand nicht explizit erwähnt ist.

Wohl kaum eine private Angelegenheit wird von der Gesellschaft so übergriffig und abwertend, diskriminierend und ambivalent, ja scheinheilig behandelt wie Prostitution und Homosexualität. Zentral für die Erklärung dessen ist die patriarchal organisierte, oft in monogamer Ehe mit dem Zweck der Kinderzeugung verfestigte Heterosexualität. Sie wirkt als Prinzip gesellschaftlicher Ordnung und letztlich Machtverteilung. Wir beobachten nahezu ubiquitär Heterosexismus und sprechen von Heteronormativität als der laufend internalisierten Norm für individuelles Verhalten und gesellschaftliche Akzeptanz. Davon zeugt nicht nur das bürgerliche Leben, sondern auch die umfangreiche feministische Literatur.

Das Sexuelle – einerseits als Privatheit, andererseits als nicht zu verhehlendes Wesens- und Gesellschaftsmerkmal – wird gesellschaftspolitisch instrumentalisiert, missbraucht. Folglich ist bis zur Behebung solcher Missstände das Private eminent politisch und muss Intimes *volens volens* öffentlich gemacht werden. Gegenüber Lesben und Schwulen ist deren Sexualität der einzige Angriffspunkt ihrer Diskriminierung, wenn auch die damit verfolgte Intention letztlich keine ethische, sondern eine ganz andere ist: das gesellschaftliche Ausschalten von Menschen, deren Verhaltensweisen in einer bestimmten Facette dem dominanten Herrschaftssystem gefährlich werden mag.

Offenbar ist gegenüber Homosexuellen das *othering*, das bewusste als andersartig Deklarieren und soziale Marginalisieren weitgehend und lange Zeit gelungen. Lesben und Schwule sind in dieser Weise von Subjekten zu Objekten (d. h. verwerflichen und zu verwerfenden Kreaturen) gemacht worden, im Sprachgebrauch wie im gesellschaftlichen Umgang. Das bedeutete in der Folge *closeting*, die Einschränkung (im

doppelten – konkret-bildlichen und generell-abstrakten Sinn) des individuellen Seins, Empfindens und Tuns von Homosexuellen in geheime Rückzugsbereiche (unsichtbar für die Gesellschaft) oder quasi tolerierte Reservate (zur Betrachtung in einem "gesellschaftlichen Zoo" wie dem Kunstbereich).

Out of the closet and into the streets, das war nicht von ungefähr die Kampfparole der lesbisch-schwulen US-Emanzipationsbewegung der 1970er Jahre (*Stonewall riots in Christopher Street, N.Y.C., Harvey Milk's local San Francisco(Castro campaigning)*).

Doch bis heute ist erst die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs *out*, ist noch der Großteil gleichgeschlechtlich orientierter Menschen mit *passing (as a heterosexual)* beschäftigt, d. h. durch das sich Ausgeben als normkonform heterosexuell belastet und beeinträchtigt. Homophobie und daraus resultierende Hass- und Gewaltausbrüche schlagen Lesben und Schwulen immer wieder, wenn auch zunehmend weniger, entgegen. Homophobie dürfte sich in ihrem wortwörtlichen Sinn als Furcht vor gleichgeschlechtlicher Orientierung darstellen. Das ist die Furcht vor etwaig empfundenen oder zumindest befürchteten eigenen gleichgeschlechtlichen Neigungen, zumal der Mensch aus Sicht der Humanwissenschaft in vielen Fällen und mit unterschiedlichsten Abstufungen durch sexuelle Affinität zu beiderlei Geschlecht gekennzeichnet ist.

Die Furcht vor dem verbreiteten menschlichen Wesenszug der bipolaren sexuellen Orientierung natürlicher Weise nicht intrinsisch begründet sein, sondern muss extrinsisch hervorgerufen werden. Hier schließt sich der Kreis zur Heteronormativität als einem Grundkriterium für Akzeptanz und Inklusion in Mikrogesellschaft (persönliche Interaktionen) und Makrogesellschaft (Gesetzgebung, Informationspolitik, gläserne Plafonds etc.).

Analog dazu und nicht ohne Einfluss darauf ist hierzulande die Position der (katholischen) Kirche als einer sozialen und sozial strukturierenden Organisation, die ihre Legitimität auf Transzendentes gründet und sich mit ihren Glaubenssätzen und in der Folge ihrer Mission im Bereich des rational weder Kommunizier- noch Behandelbaren bewegt. Durch die kirchliche Transzendenz und somit Theozentrik, die sich durch soziale Einflussnahme selbst im profanen Leben auswirken, entzieht sie sich die Kirche jeglicher Demokratie in Fragen der gesellschaftlichen Zielssetzung. Selbst bei einer Durchwirkung mit demokratischen Elementen können die kirchliche Meinungsbildung und ihre Ergebnisse nicht aus objektivierbaren Informationsgrundlagen für die moralische Entscheidung hergeleitet werden. In extremer Lesart geht Gottesrecht vor Menschenrecht und können Menschenrechte nicht uneingeschränkt geltend gemacht werden. Das widerspricht der humanistischen, rechtsstaatlichen und demokratischen Grundhaltung fundamental. Denn Einflüsse transzendentaler, theokratischer Natur auf profane, soziale Entscheidungen beengen den Raum für demokratische Entscheidungsausgänge und beeinträchtigen die Lebensqualität nonkonformer Gesellschaftsgruppen.

In ähnlicher Weise beeinträchtigt der Mainstream der ökonomischen Wissenschaft mit seinen Prämissen und seiner Methodik zur Analyse menschlichen Handelns die demokratisch Entscheidungen, indem dadurch der potenzielle Ergebnisraum relativ stark eingegrenzt wird. Die *Mainstream Economics* sind dafür berühmt/berüchtigt, ihre Methodik – von engen Voraussetzungen und bestimmten Präferenzen ausgehend den individuellen Nutzen streng rational zu maximieren – auf jede erdenkliche Frage gesellschaftlichen Lebens anzuwenden. Bruno S. Frey spricht vom ökonomi-

schen Imperialismus in den Sozialwissenschaften (statt dass die Ökonomie von anderen Sozialwissenschaften lernt und profitiert).

Jedes Entscheidungsergebnis sieht der ökonomische Mainstream als freiwillig und unter den gegebenen Rahmenbedingungen als optimal an und empfindet es als zufrieden stellend. Weder erfasst noch hinterfragt er jedoch mit seiner doch sehr engen, rein ökonomisch-rationalen Methodik Gesellschaftsstrukturen angemessen und stützt dadurch politisch-ökonomische und auch patriarchale, heteronormative und heterosexistische Machtstrukturen.

In verschiedensten sozialen Bereichen – von der Familienführung bis zur Kriegsführung – wird beobachtet, dass der Ursachenkomplex aus unerreichten Zielen und Frustration, ungelösten Konflikten und gefährdeten Herrschaftsverhältnissen, Unterdrückung und Aggression sich in sexuelle Gewaltausübung in offenen bis subtilen Formen übersetzt. Das führt unmittelbar zu entsprechenden Nutzenumverteilungswirkungen und mittelbar zu Einschränkungen der sozialen Wohlfahrt: durch Fehlallokationen auf den Arbeitsmärkten (Einkommensmärkten), Produktivitäts-, Kreativitäts-, Wachstums- und Qualitätsschwächung, in Form von Arbeitsunzufriedenheit und getrübbten Konsumfreuden, generell verringerter (vom Mainstream nicht erfasster) individueller Lebensqualität in umfassender Hinsicht und, weil Glück bzw. Unglück sozial ansteckend ist, zu sozialen Wohlfahrtseinbußen.

Verschwendung menschlicher Ressourcen erfolgt für *passing as a heterosexual* vor dem *outing/going public*, für Kompensation, Adaption oder Assimilation danach. Dem gegenüber stehen die Vorteile des Erhalts der heteronormativ-patriarchalisch gestützten gesellschaftlichen Machtpositionen sowie des lustvollen Auslebens von informationsbedingten Vorurteilen oder blanker Intoleranz (ob manipuliert oder exogen).

Allzu oft werden, insbesondere vom ökonomischen Mainstream, Fragen der Gerechtigkeit als objektiv indefinit bezeichnet, vom rationalen Tapet gewischt und dem politischen Bereich (einem vielfach taktisch-manipulativem bis populistisch-demagogischem Spiel) überantwortet. Welches Konzept von Gerechtigkeit kann operational und effektiv ins Treffen geführt werden?

Konservatismus hat sich politisch mittlerweile ganz gut mit dem Neoliberalismus gepaart, und das nicht von ungefähr. Der Neokonservatismus mit seinem sonderlich reaktionären Bestreben versteht den Liberalismus nicht, wie die Neoliberalen selbst, nahezu als Ziel, mit dem man sich vor staatlicher Bevormundung und sonstiger willkürlicher Fremdbestimmung schützt, sondern als Mittel zu dem Zweck, die wirtschaftlich Starken zu stärken und Schwachen zu schwächen und so zur Reaktion in der Gesellschaft beizutragen. Nennen wir dies überspitzt Liberalreaktionismus.

In diesem Sinn übersehen Neoliberale im Gegensatz zu manch klassisch Liberalem gern die Ungleichheit der Ausgangspositionen im Wettbewerb um Arbeit, Einkommen, Vermögen, Konsumfreude und *eo ipso* Selbstverwirklichung und individuelle Lebensfreude. Der Wettbewerb – als ein Grundprinzip der spontanen Ordnung gesellschaftlichen Lebens neben der gesetzten Ordnung für äußere und innere Sicherheit und (Vertrags-)Rechtssicherheit – spielt sich vorgeblich im machtfreien Raum ab. Denn Wettbewerb wird ohnehin als wichtigstes wirtschaftspolitisches Ziel verfolgt und bedeutet definitionsgemäß die Abwesenheit von (Markt-)Macht. In dieser Denkart ist das Individuum selbst verantwortlich, hat sich selbst zu befähigen und kann in der

Gesellschaft selbstverdient reüssieren und aufsteigen, und der (Konsum-)Freude steht als Lebenserfüllung nicht Wesentliches im Weg. Auf diese Weise wird Erfolg in der Gesellschaft angesehen, der Mensch wird daran gemessen und danach beurteilt.

Wie zeichnet dieses Weltbild Lesben und Schwule?

Welche Wirkung hat die Verbreitung dieses Gesellschaftsentwurfs für Lesben und Schwule und ihre emanzipatorische oder assimilatatorische Bewegung – und für unpolitische Homosexuelle?

So stellt sich für die sozial fortschrittlichen politischen Kräfte in dieser Hinsicht die Frage nach ihrer Positionierung ebenso, wie sie sich in wirtschaftspolitischer Hinsicht stellt: Kommen wir der neoliberalen Position im politischen Wettbewerb entgegen, indem wir den Dritten Weg einschlagen und ein Stück des Wegs gemeinsam gehen?

Welche Strategie schlägt eine fortschrittliche Lesben- und Schwulenbewegung infolgedessen ein?

Müsste am politischen System eine institutionelle Änderung vorgenommen werden, um sozialen Fortschritt zu effektuieren?

Solche Fragen müssen endlich angegangen werden. Oder nicht?

Literatur

Bartel, Rainer (1999), Social economic issues in sexual orientation. Where do we stand? In: *Arbeitspapiere des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Johannes Kepler Universität Linz*, Nr. 9914, www.econ.jku.at/members/bartel/files/9914.pdf

Bartel, Rainer et al., Hg. (2008), *Heteronormativität und Homosexualitäten*, Innsbruck u. a.: Studienverlag